



Protokoll der Sitzung des FahrRats Berlin

30. Juni 2023, 14:00 bis 18:20 Uhr

Ort: Raum 306, Am Kölnischen Park 3, 10179 Berlin

Teilnehmende:

Heins, Isabel	BVG
Kaden, Dr. Lutz	IHK Berlin e.V.
Matthes, Gudrun	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (zeitweise)
Ortlepp, Jörg	GDV / Unfallforschung der Versicherer
Pelz, René	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (Gast)
Perrot, Stephanie	BUND Berlin e.V.
Petersen, Arne	GB infraVelo GmbH
Petters, Harald	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Pohle, Michaela	S-Bahn Berlin GmbH (zeitweise)
Probst, Herbert	Landesseniorenbeirat Berlin
Saade, Ulrike	Velokonzept GmbH
Scholten, Adelheid	VCD Nordost e.V.
Selzer, Solveig	ADFC Berlin e.V.
Spaniol, Stefanie	Polizei Berlin (Gast)
Steckel, Dr. Jens	Changing Cities e.V.
Stein, Thomas	Deutsches Institut für Urbanistik
Stojanoff, Katrin	Polizei Berlin
Tänzler, Christian	visitBerlin
Voskamp, Wieland	Bezirksamt Neukölln, Straßen- und Grünflächenamt
Weis, Peter	Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, Umwelt und Natur- schutzamt

Für die Mobilitätsverwaltung:

Mohr, Sarah (Gast, zeitweise)
Niehoff, Norman
Kröger, Katharina



Steinmeyer, Dr. Imke
Stutz, Dr. Claudia (zeitweise)
von Sassen, Wigand
Wisken, Dr. Lea

Moderation: Steinmeyer, Dr. Imke - SenMVKU
Protokoll: Griemann, Eva/Windmüller, Daniel - Ramboll

TOP 1: Begrüßung und Vorstellungsrunde

Frau Dr. Steinmeyer (SenMVKU) begrüßt als Moderatorin die Teilnehmenden und eröffnet die Sitzung. Die Anwesenden haben keine Einwände gegen einen Audiomitschnitt der Sitzung für die Protokollführung.

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 17.03.2023 wurde abgestimmt und auf der Webseite der SenMVKU veröffentlicht (www.berlin.de/sen/uvk/verkehr/verkehrsplanung/radverkehr/akteure-und-gremien/beratungsgremium-fahrrat/).

Frau Dr. Stutz (Staatssekretärin für Mobilität und Verkehr) begrüßt die Anwesenden und stellt sich vor. Anschließend stellen sich alle Mitglieder kurz mit Namen und Institution vor.

Frau Dr. Stutz erläutert die aktuelle Lage zum Radwegeausbau und der damit verbundenen laufenden Prüfung von Projekten, einer Priorisierung und den angestrebten Ausbau von Radwegen, der im Koalitionsvertrag und den Richtlinien der Regierungspolitik vereinbart ist. Sie stellt fest, dass bisher kein Projekt gestoppt worden sei. Die Zusagen finanzieller Mittel an die Bezirke seien für manche Projekte temporär ausgesetzt, die Prüfung hierzu laufe und werde zeitnah abgeschlossen. Dazu gab es auch einen Austausch mit den Bezirksstadträtinnen und Bezirksstadträten und der heutige Termin böte die Gelegenheit zum offenen Austausch auch im Kreis des FahrRats, zu dem Frau Dr. Stutz die Mitglieder einlädt. Viele Mitglieder nutzen die Gelegenheit für ein Statement.

Einige Mitglieder äußern grundsätzlich Verständnis für eine Prüfung laufender Projekte durch eine neue Hausleitung und mahnen eine stärkere Berücksichtigung auch der Interessen anderer Verkehrsteilnehmer, insbesondere Fußgänger und mobilitätseingeschränkter Menschen an. Es wird gefragt, nach welchen Kriterien die Prüfung durchgeführt wird. Andere verweisen darauf, dass bei vorherigen Regierungswechseln aus ihrer Sicht nicht in diesem Maße in laufende Projekte eingegriffen wurde. Mehrfach wird auf das Berliner Mobilitätsgesetz verwiesen, das den Vorrang des Umweltverbundes und den des fließenden vor dem ruhenden Verkehr festschreibt. In Gefahr seien laut einiger Mitglieder auch



die Bestrebungen hinsichtlich der Vision Zero und der Schulwegsicherheit. Letzteres betreffe nicht nur den Nahbereich einer Schule, sondern viele Straßen. Nicht zuletzt sei der Radverkehr und dessen Förderung auch zum Erreichen der Klimaschutzziele relevant.

Die Kommunikation zur Überprüfung der Planungen an die Öffentlichkeit wird von einigen Mitgliedern bemängelt. Es gebe im In- und Ausland ein Presseecho, in dessen Folge ein Imageschaden und negative Auswirkungen, zum Beispiel auf den Tourismus oder die Radverkehrswirtschaft, befürchtet werden.

Auf Nachfrage aus Bezirken und anderen Senatsverwaltungen erklärt Frau Dr. Stutz, dass Vorhaben der BVG, den Berliner Wasserbetrieben und der Städtebauförderung von der Prüfung nicht berührt seien.

Einige Teilnehmer weisen auf durchgeführte Beteiligungen zu bestimmten Projekten hin, deren Ergebnisse nicht missachtet werden dürften. Es wird außerdem darauf hingewiesen, dass der FahrRat gemäß Mobilitätsgesetz § 37 Absatz 7 vor wesentlichen Entscheidungen und Planungen mit Auswirkungen auf die gesamtstädtische Ebene zu hören sei.

Abstimmung Beschlussvorschlag des ADFC Berlin

Nach dem Austausch zur aktuellen Lage legt der ADFC Berlin einen Beschlussvorschlag zu folgenden Punkten vor:

- „1. Gemäß § 37 (7) des MobG BE soll der FahrRat „vor wesentlichen Entscheidungen und Planungen mit Auswirkungen auf die gesamtstädtische Ebene gehört werden“. Wir missbilligen die Missachtung dieser gesetzlichen Regelung und fordern die Heilung durch sofortige Anhörung.
2. Wir empfehlen die sofortige Freigabe aller Mittel für die in Planung befindlichen Radwegeprojekte der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klima und Umwelt und der Bezirke.“

Die anwesenden FahrRat-Mitglieder bestätigen gemäß den Regeln der Zusammenarbeit des FahrRats über den Beschlussvorschlag abzustimmen. Die zu dem Zeitpunkt der Abstimmung 16 anwesenden FahrRat-Mitglieder gaben in geheimer Wahl einen gültigen Stimmzettel ab (eine Stimme pro Institution, ohne Teilnahme der Mobilitätsverwaltung). Bezogen auf die abgegebenen Zustimmungen und Ablehnungen stimmten 83 % der Mitglieder Punkt 1 des Beschlussvorschlags zu und 92 % bei Punkt 2. Laut Regeln der Zusammenarbeit des FahrRats fasst das Gremium Beschlüsse mit einer einfachen Zweidrittelmehrheit. Somit wurde dem Beschlussvorschlag zugestimmt.



TOP 2: **Schwerpunktthema**

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) referiert zum Schwerpunktthema „Kinder, Radfahrausbildung, Jugendverkehrsschulen“.

Sechs Kompetenzen sollen in der Mobilitätsbildung an Schulen gefördert werden, um die Ziele im Hinblick auf die Vision Zero und Klimaziele zu erreichen: Sicherheit, Selbstständigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit und Gesundheitsbewusstsein. Die Radfahrausbildung ist ein Teil der Mobilitätsbildung. Dazu ist in der Grundschulverordnung in den Jahrgangsstufen 3 und 4 die Vorbereitung auf die Radfahrprüfung und in der Jahrgangsstufe 4 die Absolvierung der Prüfung in Zusammenarbeit mit der Polizei verankert. Die rechtlichen Regelungen der Radfahrausbildung sind in der Grundschulverordnung GsVO § 13 festgelegt.

Für die Schulen gibt es eine Vielzahl an Lehr- und Lernmaterial von verschiedenen Verlagen. Die Schulen bestellen diese grundsätzlich in eigener Verantwortung. Einige Bezirke übernehmen die Finanzierung und Bestellung insbesondere für die Prüfbögen und das Schülerarbeitsheft. Der Radfahrschein ist ein amtlicher Vordruck des Landes Berlin. Um die Elternmitwirkung bei der Radfahrausbildung zu erhöhen, gibt es Elternflyer der Landesverkehrswacht, der Polizei Berlin und der Bildungsverwaltung. Der „Mobile Bär“ ist ein Arbeits- und Erkundungsheft für Schülerinnen und Schüler der Klassen 3 und 4. Innerhalb des Aufholprogramms „Stark trotz Corona“ wurde ein motorisches Radfahrtraining angeboten, das dem Aufholen von Lernrückständen diente. Grundlage ist eine Broschüre, die die Landesverkehrswacht im Rahmen einer Zuwendung erstellt hat. Inzwischen wurde das mit Tretrollern ausgestattete Roller fit-Mobil für Berlin angeschafft, mit dem das Roller-fit-Programm der ADAC Stiftung an Berliner Schulen umgesetzt wird.

Die Bestehensquote der Radfahrausbildung stieg in den Jahren 1978 bis 1985 kontinuierlich bis auf ein Niveau von 85 % an. 2019 lag die Quote bei 81 %, im Zeitraum dazwischen gab es keine Erhebungen. Nach pandemiebedingter Unterbrechung werden die Ergebnisse für das Schuljahr 2022/2023 gerade erhoben und anschließend ausgewertet. Das Verkehrssicherheitsprogramm 2020 beinhaltet die kontinuierliche Verkehrs- und Mobilitätserziehung, das Schulische Mobilitätsmanagement und die Lehrerfortbildung für Verkehrs- und Mobilitätserziehung.

Mehr Informationen zum Thema bieten die folgenden Links:

<https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/rechtsvorschriften/>

<https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/themen/verkehrserziehung/>

<https://www.unfallkasse-berlin.de/unterrichtseinheiten>

<https://landesverkehrswacht.berlin/Radfahrausbildung-in-der-Schule/Kursprogramm-Motorisches-Radfahrtraining/>

<https://www.berlin.de/sen/bjf/stark-trotz-corona/>



<https://verkehrshelden.com/programm/roller-fit>

<https://www.olima-sport.de/rollerfit-berlin/>

SenBJF informiert über die Jugendverkehrsschulen (JVS) in Berlin. Diese bestehen seit Mitte der 1950er Jahre mit dem Ziel, die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr zu erhöhen. Derzeit gibt es 25 JVS in Berlin. Zwei Bezirke haben drei JVS, neun haben zwei Standorte und ein Bezirk hat einen Standort. Im Jahr 2016 wurden die JVS als außerschulische Bildungseinrichtung der Mobilitätsbildung und Verkehrserziehung unter § 124 in das Schulgesetz aufgenommen. Insbesondere Kinder und Jugendliche sind die Zielgruppen der JVS, doch die Einrichtungen stehen allen offen und das Angebot soll kontinuierlich ausgebaut und auf neue Bedürfnisse angepasst werden. 2021 wurde das Aufgabenfeld erweitert, sodass die JVS nun Partner des schulischen Mobilitätsmanagements sind. Träger der Einrichtungen sind die Bezirke. Für den Betrieb können die Bezirke mit einem freien Träger kooperieren bzw. diesen beauftragen. In einigen JVS sind Mitarbeitende der Bezirke direkt fachlich und verwaltungsseitig tätig. Die fachliche gesamtstädtische Zuordnung liegt bei der SenBJF – Referat II G – „Erwachsenen- und Grundbildung, Lebenslanges Lernen, außerschulische Bildung“.

Ausgestattet sind die JVS mit einem der Straßenverkehrsrealität nachgebildeten Übungsparcours und Funktionsgebäuden (Unterrichtsraum, Werkstatt, Garage etc.). Dazu gibt es Fahrräder, Helme und Unterrichtsmaterial. 2022 übten in den JVS knapp 300.000 Personen. In jeder JVS werden die praktische Radfahrausbildung sowie Radfahr- und Verkehrssicherheitstrainings angeboten. Das Abgeordnetenhaus stellte nach Aufnahme ins Schulgesetz zusätzliche Mittel für die Sicherung und den Ausbau der JVS bereit, die Regelfinanzierung wird über die Bezirkshaushalte abgesichert. Außerdem wurden JVS in verschiedenen Planwerken verankert. In den letzten Jahren wurden gemeinsame Qualitätsstandards für die JVS entwickelt und für eine bessere Vernetzung der Einrichtung wurde seitens SenBJF ein halbjährlich stattfindender Fachaustausch gegründet. Herausforderungen liegen unter anderem in der Ressourcen- und Flächensicherung, der Entwicklung von weiteren Angebots- und Kooperationsformaten, der Fachkräfteausstattung sowie der Qualitätsentwicklung. Themen sind zudem die Sanierung und Instandsetzungen der JVS. Weitere Informationen zu den JVS und Angeboten: <https://www.berlin.de/sen/bildung/lebenslanges-lernen/lernorte/jugendverkehrsschulen/>

TOP 3: Berichte der SenMVKU

SenMVKU berichtet kurz über die im April 2023 veröffentlichten Ausführungsvorschriften (AV) AV Geh- und Radwege und AV Konfliktbewältigung. Die Vorschriften der AV Geh- und Radwege sind ausführlicher als in der vorherigen Version.



Die AV Konfliktbewältigung beschreibt einen in der Planung künftig anzuwendenden Abwägungsprozess. Dabei handelt es sich um einen strukturierten Prozess, der das Abwägungsergebnis transparent darstellt. Die Ausführungsvorschrift soll Planenden helfen, gesetzliche Vorgaben auf die örtliche Situation anzuwenden und Abwägungen zu treffen. Sie beinhaltet zwei Konfliktfälle als Beispiel.

Von einigen FahrRat-Mitgliedern kommt der Vorschlag, die AV Konfliktbewältigung in einer der folgenden Sitzungen zu vertiefen und ggf. ein Anwendungsbeispiel durchzusprechen. Online sind beide AVs hier einsehbar: <https://www.berlin.de/sen/uvk/mobilitaet-und-verkehr/verkehrsplanung/vorgaben-zur-planung/#vorschriften>

Die infraVelo berichtet, dass nun auch Fahrradbügel auf der digitalen Projektkarte der infraVelo abgebildet sind. Die Karte wird fortlaufend ausgebaut und optimiert, um laufende und abgeschlossene Radverkehrsmaßnahmen darzustellen. Link zur infraVelo-Projektkarte: www.infravelo.de/karte.

TOP 4: Berichte der Mitglieder des FahrRats

Zusammenfassung der Beiträge:

- Die BVG informiert über einen Besuch von Kolleginnen und Kollegen der Polizei Berlin aus dem Bereich der Unfallstatistik in der Verkehrsschule der BVG. Außerdem erfreut sich das Fahrrad immer größerer Beliebtheit für die Wege zur Arbeit. Da dies leider auch zu mehr Wegeunfällen führte, fanden mittlerweile drei Verkehrssicherheitstrainings für die Mitarbeitenden der BVG statt.
- Die IHK zu Berlin verweist auf das Pilotprojekt für eine gerechtere Straßenraumgestaltung in der Grunewaldstraße. Nähere Informationen dazu gibt unter: <https://www.ihk.de/berlin/presse/presseinfo/pm-2023-03-20-pilotprojekt-grunewaldstrasse-5755038>
- Der BUND berichtet über das Gemeinschaftsprojekt VeloKids von BUND und der Landesverkehrswacht. Es dient der Weiterentwicklung der schulischen Radfahrausbildung im realen Straßenverkehr. Das Projekt endet mit Jahresende 2023. Es gab Hospitationen an Schulen in Berlin und zwei Fortbildungen für Lehrkräfte und die Polizei. Zwei Workshops beinhalteten rechtliche Aspekte, motorisches Training und die Umsetzung



im Unterricht. Im Dezember findet die Abschlussveranstaltung der VeloKids statt. Aufgrund der großen Nachfrage besteht der Wunsch nach einer Verstärkung der Fortbildung.

- Velokonzept informiert über eine erfolgreiche Fachkräftegewinnung im Rahmen der VeloBerlin 2023.
- Der ADFC Berlin weist auf eine Fahrraddemonstration am 2. Juli zum Thema „Radwegestopp? #Nichtmituns!“ hin und stellt die Ergebnisse des ADFC-Fahrrad-Klimatests 2022 vor. An der bundesweiten Umfrage nahmen 6.656 Personen teil. Die Gesamtnote für Berlin bleibt unverändert bei 4,13 (ausreichend). Berlin belegt damit Platz 9 von 14 Großstädten. Ausführliche Informationen dazu gibt es unter <https://berlin.adfc.de/artikel/adfc-fahrradklima-test-2022-ergebnisse>. Der ADFC Berlin bietet an, die Ergebnisse in einer der folgenden Sitzungen genauer vorzustellen.
- Das Difu gibt einen kurzen Einblick in zwei Forschungsprojekte. In einem Projekt wird die Charakteristik und Dauer von Planungsprozessen untersucht. Wichtige Erkenntnis ist, dass Planende in den Kommunen neben der eigentlichen Radwegeplanung viele weitere Aufgaben übernehmen: Reaktion auf Anfragen aus Politik und Bürgerschaft, Durchführung von Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit, etc.
Ein anderes Projekt beschäftigt sich mit dem Thema Verkehrsberuhigung. Dazu wird in Kürze ein Policy Paper veröffentlicht. In dem Projekt wurden nationale und internationale Evaluationen zu verkehrlichen Maßnahmen zur Beruhigung analysiert. Das Ergebnis war eine messbare „Verpuffung“ des Verkehrs in Höhe von ca. 10 - 20 % der ursprünglichen Verkehrsmengen, die auf eine Änderung des Mobilitätsverhaltens zurückzuführen sei.
Das Difu bietet an, beide Projekte in einer der folgenden Sitzungen näher vorzustellen.
- Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg berichtet darüber, dass die Bezirke dazu verpflichtet sind, für ihren Fuhrpark einen Umstellungsplan gemäß des Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetzes zu erstellen. Beim Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gibt es nun 120 Dienstfahrzeuge samt Abstellanlagen für ca. 2.000 Beschäftigte und zudem wurden mit Hilfe von Velokonzept 21 Parkboxen für Fahrräder in der Proskauer Straße geschaffen.
In Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege und unter Berücksichtigung aller Verkehrsauswirkungen wird ein Konzept zur „Mobilitätswende Karl-Marx-Allee“ erarbeitet.

TOP 5: **Ausblick und Verabschiedung**

Die Moderation dankt allen Beteiligten für ihre Beiträge, die Diskussion und für die eingebrachten Hinweise und Anregungen.



Seitens einiger Mitglieder besteht der Wunsch, Vorschläge zu Schwerpunktthemen (bzw. zu Themen, die etwas ausführlicher vorgestellt werden sollen) auch kurzfristiger als 8 Wochen vor der jeweiligen Sitzung einbringen zu können. Es wird vorgeschlagen, das Vorgehen hierfür zu öffnen, auch unter der Maßgabe, dass die Vorbereitung des Punkts durch das vorschlagende Mitglied des FahrRats erfolgt. Frau Dr. Steinmeyer bestätigt das Vorgehen für die nächste Sitzung. Zudem wird vereinbart, dass das Difu seinen für heute geplanten Bericht mit ausreichend Zeit und die Mobilitätsverwaltung die AV Konfliktbewältigung und deren Anwendung ausführlicher erläutert.

Die nächste Sitzung ist am 13.10.2023 geplant.